Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/1087
04.12.2025

Ausschuss für Kultur und Medien

53. Sitzung (öffentlich)

4. Dezember 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:15 Uhr bis 16:50 Uhr

Vorsitz: Christina Osei (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkt:

Kultur braucht Verlässlichkeit – das Land Nordrhein-Westfalen darf seine Landestheater nicht im Stich lassen! 3

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/14545

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

* * *

Kultur braucht Verlässlichkeit – das Land Nordrhein-Westfalen darf seine Landestheater nicht im Stich lassen!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/14545

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

Vorsitzende Christina Osei: Meine Damen und Herren! Ich begrüße nochmals die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien. Ganz besonders herzlich begrüße ich die Sachverständigen zur heutigen Anhörung. Ich begrüße auch die Zuhörerinnen und Zuhörer vor Ort und im Livestream sowie die Vertreter und Vertreterinnen der Medien zur 53. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit Einladung 18/1558. Ich gehe von Ihrem Einverständnis mit der Tagesordnung aus. – Das sehe ich.

Wir haben einen Zeitrahmen von zwei Stunden angesetzt für diese Anhörung.

Ich danke den Sachverständigen für ihre vorab eingereichten Beiträge. Die schriftlichen Stellungnahmen bedeuten für uns eine wesentliche Arbeitserleichterung.

Ich möchte jetzt einige Hinweise zum Ablauf geben. Wie den Sachverständigen im Einladungsschreiben mitgeteilt, haben Sie zu Beginn dieser Anhörung die Möglichkeit, kurze, dreiminütige Eingangsstatements vorzutragen. Ich möchte dazu einen Hinweis in eigener Sache geben. In der letzten Anhörung ist das leider etwas eskaliert, und die Eingangsstatements dauerten bis zu zwölf Minuten. Das möchte ich gerne vermeiden. Ich werde den Wecker auf drei Minuten stellen und möchte Sie bitten, nicht schon das ganze Thema Ihres Berichtes vorwegzunehmen, sondern wirklich nur ein kurzes, prägnantes Eingangsstatement zu geben.

Ich werde nun den Sachverständigen in der Reihenfolge des Tableaus das Wort erteilen. – Herr Schombert.

Mirko Schombert (Burghofbühne Dinslaken): Vielen Dank für die Möglichkeit hier zu einer kurzen Erklärung. Ich werde meinen Beitrag nutzen – wir haben uns abgestimmt; das wird noch detaillierter von den Kolleginnen und Kollegen kommen –, um einen Blick auf die konkreten Angebote zu werfen, die bei stagnierender oder sinkender Zuwendung gegebenenfalls gefährdet wären.

Sie haben schon gehört, dass wir ein großes Kulturprogramm, Theaterprogramm in die Fläche bringen. „Fläche“ ist so ein diffuses Wort. Mir ist das letztens noch mal ein bisschen deutlicher vor Augen geführt worden, als ich zu einer unserer eigenen Vorstellung in einen kleinen Ort gefahren bin und schon auf dem Weg in diesen kleinen Ort in einem riesigen Stau stand und irgendwann verstanden habe, dass dieser Stau durch unser Publikum erzeugt wurde, weil sich nämlich in diesem Ort 600 Leute auf den Weg in eine kleine Schulaula gemacht haben. In dem sehr lebhaften Nachgespräch

wurde mir gesagt, dass das dortige Programm fast das einzige Kulturprogramm in dieser Stadt ist und die Aula der einzige Ort ist, an dem die Stadtgesellschaft regelmäßig und inhaltlich und analog zusammenkommen kann. Jetzt sind Theater ja schon immer wichtige Orte des demokratischen Austausches gewesen, aber, ich glaube, das verdeutlicht noch mal, wie wichtig es vor allem auch in der Fläche ist.

Gerade im Bereich Kinder- und Jugendtheater wird dieser Effekt noch mal verstärkt, hat noch mal eine andere Wichtigkeit. Wir haben ja auch hier ein sehr breites Programm, das sehr viele Themenfelder abdeckt und mit dem wir unseren kulturpolitischen Auftrag der kulturellen Bildung, aber auch der Demokratieförderung, der Demokratiebildung leisten, vor allem, weil wir es nicht nur bei den Vorstellungen belassen, sondern – Sie haben es vorhin schon mal gefragt, Herr Beucker – ein großes flankierendes theaterpädagogisches Angebot haben, mit dem wir wirklich sehr nachhaltige, echte Partizipation leisten über Workshops, Einführungen, Nachgespräche, Materialmappen. Wir erarbeiten gerade eine Handreichung zum Offenen Ganztag. Es gibt Patenklassen. Wir hatten jetzt zwei Klassen bei uns im Theater, die sich mit unseren Ensembles einmal über queere Lebensrealitäten, Identitätsfindungen, über Ost- und Westberlin zu Zeiten des Mauerfalls lebhaft ausgetauscht haben. Wir haben Bürger*innenbühnen, in denen die Menschen selber spielen können, Schulkooperationen, vieles mehr.

Diese Angebote sind alle sehr wichtig, sie sind alle sehr großartig, wie ich finde, und vor allem, sie bringen gar kein Geld. Das heißt, unser Geld verdienen wir im Abendspielplan. Deswegen ist hier auch kein Sparpotenzial, das Angebot dort zu reduzieren, genauso wenig meiner Ansicht nach im Personalabbau, weil wir eh am personellen Limit arbeiten, sondern bei stagnierender oder sinkender Zuwendung müssten wir uns zwangsläufig genau diesem Bereich zuwenden, wo kein Geld zu holen ist, im Kinder- und Jugendtheater, in der Theatervermittlung. Ich denke, das kann sich eine pluralistische Gesellschaft nicht leisten. Ich würde sogar so weit gehen, zu sagen, das ist genau das, was wir uns nicht leisten können und sollten. Deswegen ist eine auskömmliche Finanzierung der Landestheater meiner festen Überzeugung nach nicht nur eine kulturpolitische, sondern auch eine sozialpolitische Notwendigkeit. Ich hoffe, dass wir gemeinsam dieses Ziel erreichen können.

Stefan Dörr (Landestheater Detmold): Sie fragen sich sicherlich, was denn das Besondere bei uns ist. Anders als Stadt- und Staatstheater sind wir eben als Landestheater von Ihnen beauftragt, in die Fläche zu gehen. Das heißt, wir haben den Auftrag – anders als andere Häuser –, die Fläche zu bespielen. Der Kollege Mirko Schombert hat es gerade schon ausführlich berichtet. Sie haben es vorhin in dem Vortrag auch mitbekommen. Wir haben einen Auftrag von Ihnen erhalten. In der Vergangenheit gab es dafür eine sogenannte Zielvereinbarung mit dem Land NRW, sodass wir die Steigerungen der Kosten von dem Land anteilig jeweils mitfinanziert bekommen haben. Diese Zielvereinbarung ist dann ausgelaufen. In dieser Zielvereinbarung – ich möchte kurz einmal daraus zitieren – heißt es:

Weitere Voraussetzung ist eine finanzielle Absicherung der tariflichen Entwicklung des Personalkostenbereiches.

Für Sie einmal: Am Theater sind etwa 80 bis 85 % der Aufwendungen Personalkosten. Dementsprechend ist die Beteiligung an der Steigerung der Personalkosten ein ganz wesentlicher Faktor gewesen. Insbesondere gab es in den vergangenen Jahren – ich nenne mal das letzte Jahr, wo es besonders stark war – eine sehr starke Steigerung bei den Personalkosten. Der Kommunale Arbeitgeberverband hat gesagt, etwa 10,5 % waren es über alles. Für Sie auch noch mal zur Info: Selbstverständlich sind die Beschäftigten bei uns im Hause auch an Tarifverträge gebunden. Selbstverständlich ist die tarifliche Entwicklung dort auch gebunden an das, was im öffentlichen Bereich an Aufwüchsen gezahlt wird. Das waren letztes Jahr 10,5 %. Eben dafür haben wir keine Kompensation vonseiten des Landes erhalten.

Noch ein letzter Satz. Das ist natürlich nur ein kleiner Teil der Kostensteigerung, die wir hatten. Was Sie alle selbst erfahren werden, ist natürlich auch die Steigerung im Bereich der Hotelkosten. Wir sind ja auch von Ihnen beauftragt in der Fläche unterwegs, brauchen dafür Lkw, brauchen dafür Hotels, in denen wir übernachten. Auch das hat sich deutlich nach oben entwickelt. Das ist ein weiterer Bereich, den wir bisher mit Ach und Krach haben kompensieren können. Aber eben bei über 80 % Personalkosten wird es sehr schwierig. Das heißt letztendlich, wenn wir dort weitere Einsparungen vornehmen sollen, eine Kürzung im Bereich des Personals.

David Michalski (Rheinisches Landestheater Neuss): Auch im Namen des Rheinischen Landestheaters vielen Dank, dass wir hier sein dürfen.

Über den Auftrag, den wir haben, wurde gerade schon viel gesprochen. Ich möchte kurz darauf eingehen, dass in NRW knapp 50 % der Menschen im ländlichen Raum leben. In den Städten gibt es ein großes Angebot, ein Kulturangebot, ein Bildungsangebot für die Menschen. Im ländlichen Raum gibt es das nicht. Auch das ist schon angeklungen. Wir haben einen ganz besonderen Auftrag, aber eine ganz besondere Einnahmen- und Ausgabensituation. Wir können diesen Auftrag gerade nur erfüllen, weil wir diese Mittel aus öffentlichen Geldern bekommen. Personalkosten – das wurde schon angesprochen – bis zu 85 %, die sind verpflichtend für uns zu zahlen. Das ist keine freiwillige Leistung oder keine Idee, die wir uns da so ausdenken. Es ist verpflichtend. Bei ausbleibenden Übernahmen zu Tariferhöhungen werden wir, wie es gerade angeklungen ist, unser Angebot, aber auch unsere Existenz infrage stellen müssen.

Um Ihnen mal kurz zu verdeutlichen, was die Gewichtung der Finanzierung ausmacht. Ohne eine Übernahme der Tariferhöhungen, müssten wir grob gerechnet unsere Eigeneinnahmen etwa verdoppeln. Das liegt an diesem großen Anteil der Einnahmen durch Stadt und Kommunen und sonstige Finanzierungszugeber. Ohne eine generelle Finanzierung der öffentlichen Zuschussgeber sprechen wir übrigens von einer fast Verzehnfachung der Eigeneinnahmen. So hoch sind diese Anteile. Beispielsweise für „König der Löwen“ zahlen Sie für die günstigste Preiskategorie gerade 100 Euro. In Neuss zahlen sie 14. Genau das ist unser Bildungsauftrag. Wir möchten Kultur zu günstigen Preisen mit einem hochwertigen Angebot vielen anbieten können. Um das tun zu können, brauchen wir eine Planungssicherheit. Wir haben vertragliche Verpflichtungen bis 2028. Wir haben ähnlich wie im Opernbetrieb einen langen, langen

Vorlauf. Und wir brauchen von Ihnen, und das ist die Grundsituation, eine Ansage, einen Auftrag, was wir tun sollen. Denn wir machen das Theater nicht für uns. Wir lieben zwar alle unseren Job ausdrücklich, aber so funktioniert das unserer Meinung nach nicht. Denn wir sind ein Theater von Ihnen bestellt, von Ihnen, die die Bevölkerung NRWs vertritt. Und die Bevölkerung NRWs – das habe ich gerade schon gesagt – nutzt das zu 50 % plus in unseren Städten.

Das heißt, wir bitten Sie sehr um einen Diskurs dazu, weil uns der momentan leider fehlt. Wir sind seit vielen Jahren daran, mit dem Ministerium vor allem darüber zu sprechen, wie Mittel übernommen werden können. Aber uns fehlt absolut der Diskurs, und es fehlen komplette Aussagen dazu, wie wir das gestalten können, wenn Tariferhöhungen, die einen so hohen Anteil bei uns ausmachen, auf einmal nicht übernommen werden können.

Dass es jetzt ein Gutachten geben soll, nehmen wir positiv zur Kenntnis und sind gespannt, was das bringt. Aber mindestens bis zu den Ergebnissen dieses Gutachtens, die auch mit den Kommunen diskutiert werden müssen, sind wir auf jeden Fall angewiesen, auch da eine gesicherte Finanzierung vorzufinden.

Zwei Minuten 55 Sekunden.

Günther Wolfahrt (Westfälisches Landestheater Castrop-Rauxel): Zwei Statements. Die vier Landestheater sind unverzichtbar. Das war und ist auch Konsens mit dem Ministerium, mit dem Land Nordrhein-Westfalen. Diese Unverzichtbarkeit ist aber an Bedingungen geknüpft. Die Bedingungen sind – das fiel schon mehrmals – angemessene und auskömmliche Finanzierung. Eine Stagnation in der Förderung plus unabwendbare Mehrausgaben beispielsweise durch verpflichtende Tarifsteigerungen bei der Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten ergibt über kurz oder lang einfach ein Minus, das sich auch mit den größten Kunststücken nicht wegrechnen lässt.

Wen trifft es zuerst? Das fiel auch schon mehrere Male heute: das Kinder- und Jugendtheater. Daran zu sparen, halte ich nicht wirklich für machbar, denn was fehlt uns dann? Förderung der Kreativität, kulturelle Bildung, ästhetische Erziehung. In unserem Umfeld garantieren wir jedem Kind vom Beginn des Kindergartens an bis zu welchem Schulabschluss auch immer mindestens eine Theateraufführung in unserem Theater, in den Schulen, in den Kindergärten mit einer jeweils theaterpädagogischen Begleitmaßnahme, mindestens einem moderierten Nachgespräch mit den Schauspielerinnen und Schauspielern. So wird Theater zur guten Routine in einem jeden Kindergartenjahr, in einem jeden Schuljahr. Aus unserer Sicht muss das auch so bleiben. Das hat einfach wie vorhin erwähnt auch was mit Geld zu tun.

Weiter sind wir auch mit der erschreckenden Tatsache konfrontiert, dass bei der letzten Wahl viel zu viele Jugendliche und junge Erwachsene radikale Parteien gewählt haben, mit und teilweise auch ohne Wahlprogramm. Das heißt, wir haben da lang in der Vergangenheit nicht alles richtig gemacht.

Was politische Bildung, was die Stärkung der Demokratie in ländlichen Räumen und was die Vermittlung dieser demokratischen Grundwerte angeht, sind wir einfach

weiterhin darauf angewiesen, dass wir entsprechende bildungspolitische Theaterinszenierungen auf die Beine stellen können.

Vorsitzende Christina Osei: Wenn Sie langsam zum Ende kommen könnten, wäre das sehr freundlich.

Günther Wolfahrt (Westfälisches Landestheater Castrop-Rauxel): Mache ich gerne. Wo bin ich?

Vorsitzende Christina Osei: Ich habe die Uhr ausgemacht. Sie hatten ja am Anfang Probleme mit dem Mikro.

Günther Wolfahrt (Westfälisches Landestheater Castrop-Rauxel): Okay. Danke schön. – Also, wir brauchen weiterhin Mittel für diese Projekte und bitten Sie einfach um Ihre Mithilfe.

Claudia Schmitz (Deutscher Bühnenverein): Der Relevanzmonitor Kultur der Liz Mohn Stiftung zeigt in seiner aktuellen Studie auf, dass mit 87 % die deutliche Mehrheit der Bevölkerung Kultur als verbindendes Element in einer sich immer schneller verändernden Gesellschaft sieht. Besonders bei jungen Menschen manifestiert sich die Erwartung, dass kulturelle Einrichtungen eine aktivere Rolle in gesellschaftlichen Debatten übernehmen sollen.

Vier Landestheater arbeiten in Nordrhein-Westfalen mit 590 Mitarbeitenden, davon 265 im künstlerischen Bereich, dafür, dass im Land ein angemessener Zugang zu den darstellenden Künsten besteht. Sie erreichen mit ihren Aufführungen jedes Jahr mehr als eine Viertelmillion Menschen. Das ist eine Zahl aus 2022/2023, jetzt liegen die Zahlen aus 2023/2024 vor, und wir wissen, dass es mittlerweile sogar fast 350.000 geworden sind. Damit erfüllen die Landesbühnen ihren Teil der Verabredung aus dem Kulturgesetzbuch.

Und das Land? Gewährleistet das Land, dass die Landesbühnen auch perspektivisch Theater für die Menschen im ganzen Land gerade in der Fläche anbieten können? Dazu müsste das Land gegebenenfalls mit Partnern die auskömmliche Finanzierung der Bühnen sicherstellen. Das ist genau der Punkt, um den es jetzt hier und heute geht. Denn zu dieser auskömmlichen Finanzierung gehört die anteilige Übernahme von Tarifsteigerungen für alle 590 Beschäftigten.

Ich bin in rund 25 Jahren Tätigkeit an verschiedenen Theatern in der Republik immer wieder gefragt worden, warum Künstlerinnen denn Tarifsteigerungen bekommen müssen. Müsste die Frage nicht lauten: Warum denn nicht, wenn alle anderen Beschäftigten sie ganz selbstverständlich bekommen? Wollen wir diejenigen, die mit ihrem Talent und ihrem kreativen Potenzial das Zentrum des Theaters darstellen, ohne die es das alles gar nicht gäbe, wirklich schlechter behandeln als alle anderen Kolleginnen an den Theatern? Auf gar keinen Fall.

Daher gibt es im Tarifvertrag für diese Künstlerinnen eine Vorschrift, die besagt, dass Tarifabschlüsse aus dem öffentlichen Dienst auch sinngemäß für die Künstlerinnen gelten, dass also alle Beschäftigten von diesen Steigerungen, von diesem Ausgleich für steigende Lebenshaltungskosten profitieren.

Wenn das Land die Kosten für die Tarifsteigerung der Beschäftigten an den Bühnen nicht anteilig übernimmt, müssen die Theater ihr Angebot entweder drastisch reduzieren, oder sie sind nicht mehr existenzfähig. Denn die Kosten eines Theaterbetriebs bestehen ganz überwiegend aus Personalkosten. Wenn also dieser Kostenanteil nach einem Tarifabschluss nicht immunisiert wird, obwohl das Theater den erhöhten Aufwand ja real hat, ist das eine existenzbedrohende strukturelle Kürzung, die von der Organisation nicht aus eigener Kraft kompensiert werden kann. Eine Kürzung bedeutet de facto, nicht mehr gewährleisten zu können, dass in allen Teilen des Landes ein angemessener Zugang zu den darstellenden Künsten besteht.

Als Arbeitgeber- und Interessenverband der Theater und Orchester spricht der Deutsche Bühnenverein daher folgende Empfehlungen an Sie aus:

Erstens. Nehmen Sie die Verantwortung aus § 34 Ihres Kulturgesetzbuches an. Kulturförderung ist Zukunftsförderung. Die Ergebnisse aus dem Relevanzmonitor Kultur spiegeln, was gerade junge Menschen von Ihnen erwarten.

Zweitens. Übernehmen Sie die Kosten der Tarifsteigerung an den Landesbühnen anteilig für alle Beschäftigten. Sie kommen damit Ihrer Verpflichtung gemäß § 34 Kulturgesetzbuch nach, und Sie stellen sicher, dass die Landesbühnen die Menschen im Land weiter mit ihrer Kunst erreichen.

Drittens. Schließen Sie einen Pakt mit Ihren Theatern, damit die Theater für mindestens drei Jahre Planungssicherheit haben. Zu den Planungshorizonten hat Herr Michalski eben schon ausführlich ausgeführt.

Lorenz Deutsch (Kulturrat NRW): Wenn man als Sechster spricht, kann man zum dicken Filzstift greifen und unterstreichen, muss nicht nur noch alles ausführen.

Also, wir unterstreichen ganz ausdrücklich die Bedeutung, die die Theater und darstellende Künste gesellschaftlich haben. Es ist über Demokratie gesprochen worden, es ist über Begegnung gesprochen worden, Austausch. All das sind wichtige Funktionen. Sie sind besonders wichtig – auch das ist gesagt worden – in der Kernaufgabe, die die Landestheater haben, nämlich in die ländlichen Räume zu wirken mit Produktionen, die man eben dort sonst nicht sieht. Also, der ländliche Raum ist ja kein kulturfreier Raum, aber er hat eben nicht das, was große theatertragende Kommunen haben. Diese Art von Produktion geht in die Gastspieltheater. Das ist eben eine ganz originäre Leistung der Landestheater, die man nicht genug betonen kann in der Zusammenarbeit.

Was braucht es? Es ist über auskömmliche Finanzierung gesprochen worden. Was das eigentlich bedeutet: Ich will noch mal den dicken Strich insbesondere unter „verlässliche Finanzierung“ machen. Und da ist das Zauberwort, glaube ich, dann jetzt an der Stelle „Dynamisierung“. Die Theater bewegen sich nicht im luftleeren Raum, sondern sind von all dem betroffen, was überall zuschlägt, Stichwort „Inflation“, „Personalkosten“,

alles, was dazugehört. Das ist gerade für alles, was die Landestheater tun, also Raummieten, Logistikaufgaben und so, … sind in besonderer Weise von diesen Kostensteigerungen betroffen.

Also, das Klagelied ist gut begründet und sollte hier Anlass sein, gegenzusteuern und die drohenden Szenarien, auf die vielleicht noch konkreter eingegangen werden kann im Laufe der Anhörung, wirklich abzuwenden. Es ist die Anstrengung wert.

Prof. Dr. Dr. Dimitrij Davydov (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung): Vielen Dank für die Einladung. Ich versuche, mich kurz zu fassen.

Meine Perspektive ist eine rechtliche, keine kulturpolitische. Bei diesem Antrag, um den es heute geht, gibt es zwei Aspekte, einen verfassungsrechtlichen Aspekt und einen einfachrechtlichen Aspekt. Ich versuche, das in Kürze zusammenzufassen.

Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen bestimmt, dass Kultur, Kunst und Wissenschaft durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern sind. Das steht in Art. 18 Abs. 1. Während der Begriff „Pflege“ tendenziell Maßnahmen zur Erhaltung des bestehenden Zustandes, also des Status quo, beschreibt, steht der Begriff „Förderung“ auch für Maßnahmen, die auf eine Fortentwicklung und Verbesserung dieses Status quo gerichtet sind, also zum Beispiel Schaffung neuer Kulturangebote oder Gründung neuer Kultureinrichtungen.

Bei dieser Regelung des Art. 18 Abs. 1 der Landesverfassung handelt sich um eine Staatszielbestimmung und damit nicht bloß um einen Programmsatz, sondern um bindendes Verfassungsrecht, an dem die Handlungen und Unterlassungen von Staat, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts zu messen sind.

Allerdings lassen sich aus der Landesverfassung keine genauen Vorgaben über Art und Umfang der staatlichen Kulturpflege und -förderung entnehmen. Den Normadressaten, also auch dem Land, wird vielmehr in Bezug auf die in Art. 18 Abs. 1 genannten Rechtsgüter lediglich ein sogenanntes Optimierungsverbot auferlegt. Sie müssen zwar Kulturförderung und Kulturpflege nach Kräften anstreben, haben aber bei der Bestimmung der dazu erforderlichen Maßnahmen einen sehr weiten Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die einfachgesetzliche Regelung, von der gerade eben auch die Rede war. Das ist § 34 Satz 1 des Kulturgesetzbuchs. Gemäß § 34 Satz 1 des Kulturgesetzbuchs gewährleistet das Land durch Landestheater und Landesorchester einen angemessenen Zugang zu den darstellenden und musikalischen Künsten in allen Teilen des Landes. Gleichzeitig folgt aus § 14 Abs. 1 Kulturgesetzbuch, dass das Land die kulturelle Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen fördert, als deren Bestandteil ausdrücklich auch Theater genannt sind. Das ist eine strikte Förderverpflichtung, die wir hier in § 34 Satz 1 sehen, die auch vom Wortlaut her abweicht von ähnlichen Klauseln in anderen Kulturbereichen, wenn wir das zum Beispiel vergleichen mit der Denkmalfördervorschrift aus dem Denkmalschutzgesetz von Nordrhein-Westfalen. Da ist die Formulierung viel weicher. Da heißt es:

Unter Vorbehalt der Haushaltsmittel beteiligt sich das Land an der Förderung der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes.

Ich springe ganz schnell zum Fazit und gehe nicht auf die Details ein.

Eine vorbehaltlose, schrankenlose Verpflichtung des Landes zur Förderung bestimmter Kultureinrichtungen ist verfassungsrechtlich in Nordrhein-Westfalen nicht vorgegeben, sondern es ist vielmehr so, dass das Land einen weiten Gestaltungsspielraum hat in der Frage, welche Kulturbereiche und welche Kultureinrichtungen in welchem Umfang finanziell unterstützt werden. Die Landesregierung ist deshalb verfassungsrechtlich zumindest nicht daran gehindert, kulturpolitische Prioritäten zu setzen. Sie kann die Förderung bestimmter Kulturbereiche oder Kultureinrichtungen sogar reduzieren, wenn sie im Gegenzug die Förderung anderer Kulturbereiche und anderer Kultureinrichtungen erhöht.

Einfachgesetzlich besteht aber nach § 34 Satz 1 eine zumindest dem Wortlaut nach nichteingeschränkte Verpflichtung des Landes, die vier aktuell bestehenden Landestheater in einem solchen Umfang finanziell zu unterstützen, dass sie ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen können.

Vorsitzende Christina Osei: Vielen Dank. – Damit haben wir die Eingangsstatements gehört. Vielen Dank für Ihre konzentrierte und zügige Bearbeitung. Das freut mich wirklich sehr.

Ich freue mich auch sehr, dass wir jetzt in die Beantwortung der Fragen gehen können, denn darum geht es ja.

Wir kommen nun zur Erörterung des Antrags. Ich werde jetzt die Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten sammeln und bitte dann die angesprochenen Sachverständigen, jeweils alle an sie gerichteten Fragen zu beantworten. Hierzu werde ich den angesprochenen Sachverständigen in der Reihenfolge des Tableaus das Wort erteilen.

Kommen wir jetzt zu den Fragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte benennen Sie Eingangs Ihrer Fragestellungen den Adressaten Ihrer Frage.

Herr Dr. Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank an die Sachverständigen für die sehr pointierten Ausführungen. Das sind wir in diesem Ausschuss nicht gewohnt. Von daher hat es wahrscheinlich die Ausschussvorsitzende noch mal so hervorgehoben.

Ich möchte an der Stelle ein bisschen andersherum anfangen. Nachdem wir Ihre Ausführungen gehört haben, die in der Tendenz alle in eine Richtung gingen, habe ich mich gefragt: Was für Fragen müsste ich eigentlich stellen, wenn ich nicht wollte, dass dieser Antrag beschlossen wird? Darum werde ich jetzt meine ersten Fragen ein bisschen umgekehrt stellen.

Die erste wird an Herrn Wolfahrt und an Frau Schmitz gehen. Jetzt wurde eben ausgeführt, im Moment schaffen es die Landestheater, in der Fläche präsent zu sein. Ich glaube, Sie haben eben noch ausgeführt, dass sogar eine Steigerung der Besuche zu verzeichnen war. Wenn das doch unter diesen jetzigen Bedingungen alles geht, warum ist denn überhaupt politischer Handlungsbedarf da? Denn Sie kriegen es doch anscheinend verdammt gut hin. Und wenn dieses Interesse in der Bevölkerung gerade

im ländlichen Raum doch so groß ist, dann müsste es doch auf dem Weg auch möglich sein, deutlich mehr Einnahmen zu erzielen. Warum erwarten Sie eigentlich von Politik, dass sie jetzt handelt und an der Stelle etwas tut?

Das war aus der anderen Perspektive, glaube ich, ausreichend gesprochen.

Jetzt gehe ich wieder auf unsere Perspektive als antragstellende Fraktion und würde zu der zweiten Frage kommen, die sich an Herrn Dörr und Herrn Michalski richtet. Es gab diese Zielvereinbarung bis 2024. Dann ist die ausgelaufen. Gab es denn in der Zwischenzeit irgendwelche Initiativen, so eine Zielvereinbarung wieder aufleben zu lassen? Und was ist der Grund oder was hat man Ihnen als Grund gesagt, warum man jetzt keine Zielvereinbarung mehr miteinander haben sollte und warum das in der Vergangenheit notwendig war und jetzt nicht mehr notwendig ist?

Vor dem Hintergrund ist jetzt mehrfach genannt worden, dass es existenzielle Bedrohungen gibt. Das klingt so stark. Ist es wirklich so in der Situation? Oft sind ja die Jugendtheater auch angesprochen worden – da hole ich Herrn Schombert noch mit dazu –, die dann möglicherweise in Gefahr sind. Was ist der Grund, warum gerade die Kinder- und Jugendtheater in Gefahr sind? Und reicht das nicht, wenn ein Landestheater sich schwerpunktmäßig um Kinder und Jugend kümmert und die anderen sich auf andere Sparten konzentrieren? Ein Landestheater Detmold hat ja auch noch drei andere Sparten. Würde das an der Stelle vielleicht nicht ausreichen? Jetzt bin ich schon wieder in dieses rhetorische Mittel verfallen; es tut mir leid.

Aber dann mache ich einfach so weiter und stelle abschließend noch eine Frage auch wieder an Herrn Michalski und an Herrn Dörr. Im Bereich Detmold haben die Träger 8,5 % draufgelegt. In Neuss finanziert, glaube ich, die Stadt auch weiter mit. Wäre an der Stelle nicht mehr herauszuholen, weil Sie ja für Stadt und Region auch ein wichtiger Faktor sind. Warum ist da das Land aus Ihrer Sicht gefordert?

Heike Wermer (CDU): Vielen Dank, dass wir heute den Nachmittag miteinander verbringen. Der Großteil von Ihnen war ja vorhin schon da. Explizit bedanken möchte ich mich bei Herrn Professor Davydov für die rechtliche Einschätzung. Ich glaube, das hilft auch noch mal ganz gut weiter, das Verfassungsrecht mit der einfachgesetzlichen Sichtweise abzuwägen.

Ich habe jetzt in der ersten Fragerunde zwei Fragen, und zwar an die Vertreter der Landestheater. Es wurde vorhin im Ausschuss, und jetzt gerade in der Stellungnahme hat Herr Michalski das kurz erwähnt, gesagt, dass ein Gutachten in Arbeit ist. Wie ist aktuell Ihre Erfahrung mit der Erarbeitung des Gutachtens? Also, wurden Sie schon befragt, wie haben Sie das erlebt, wenn dem schon so war? Wie sind Ihre Erfahrungswerte aktuell mit dem Gutachten? Welche Erwartungen haben Sie aber auch aus dem Gespräch jetzt schon vielleicht gezogen oder stellen Sie grundsätzlich an das Gutachten?

Und die zweite Frage wäre, die geht zwar mit dem Gutachten einher, aber ist auch davon unabhängig zu sehen: Wie bewerten Sie die aktuelle Träger- und Finanzierungsstruktur Ihres Hauses? Ich vermute, dass Sie sehr unterschiedlich aufgestellt sind, was die Trägerschaft angeht. Welche Probleme haben Sie da im Moment oder ergeben sich vielleicht aus der Trägerschaft, und welche Veränderungen würden Sie

sich gerne wünschen, würde man Ihre Einrichtung heutzutage neu aufsetzen? Das ist ja manchmal so nach vorne gerichtet, einmal den radikalen Schnitt machen, und wie müsste dann Ihr Landestheater heute von der Trägerschaft und der Finanzierungsstruktur her aufgestellt werden?

Yvonne Gebauer (FDP): Auch seitens der FDP-Fraktion ein herzliches Dankeschön für Ihre schriftlichen Stellungnahmen und natürlich auch Ihre Ausführungen hier und heute in der Runde.

Ich habe zunächst eine Frage an Frau Schmitz. Sie haben sowohl gerade eben als auch schriftlich ausgeführt, dass Sie einen Pakt mit den Landestheatern empfehlen. Dazu würde ich gerne noch Näheres hören, wie Sie diesen Pakt denn dann konkret ausgestaltet wissen wollen.

Die zweite Frage geht vorrangig an Herrn Wolfahrt, aber auch an alle, die sich angesprochen fühlen. Herr Wolfahrt, Sie haben explizit noch mal die Rolle der politischen Bildung für Kinder und Jugendliche angesprochen. Es gibt ja ein Commitment hier, dass wir gesagt haben, dass die kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche sozusagen über allem steht und auch wenn möglich von allen Kürzungen ausgenommen werden soll. Jetzt wissen wir, dass über Kinder- und Jugendtheater – das haben Sie auch ausgeführt – das Geld nicht verdient wird, sondern über das Erwachsenentheater, weil Sie andere Preise dort nehmen können. Aber wenn Sie schon am Limit sind, hieße das dann nicht im Umkehrschluss, Sie müssten viel mehr in das Erwachsenentheater gehen, um dort die Gelder zu generieren? Aber dann würde natürlich das Kinder- und Jugendtheater auf der Strecke bleiben. Das wäre ja nicht das, was wir alle wollen, sondern wir hatten uns hier auch in diesem Kreis anders verständigt. Also, wenn Sie da anderer Auffassung sind, dann würde ich das gerne einmal von Ihnen in diesem Zusammenhang hören.

Die dritte Frage noch mal auch in Bezug auf die Kinder- und Jugendtheater, wenn Sie, wer sich angesprochen fühlt, auch dazu noch mal was berichten könnten, wie denn eigentlich die Rückmeldungen der Schulen sind.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Ich hatte eben in der Arbeitssitzung schon die Frage nach dem theaterpädagogischen Konzept gestellt. Dazu hätte ich gerne noch einige Erläuterungen von Herrn Schombert. Das richtet sich natürlich auch an Herrn Wolfahrt.

Frank Jablonski (GRÜNE): Auch von meiner Seite, von unserer Seite noch mal einen ganz herzlichen Dank, dass Sie heute da sind. Wir hatten ja vorhin schon ein kleines Intro in der Arbeitssitzung.

Ich habe zwei Fragen, und zwar an die vier Vertreterinnen und Vertreter der Häuser. Es ist jetzt mehrfach betont worden, dass die Aufgabe der Landestheater es ist, ganz Nordrhein-Westfalen abzudecken und allen Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Angebot zu machen. Ich glaube, das eint uns hier alle in dieser Runde. Jetzt haben wir aber vorhin schon gesehen, und es wurde schon ein, zwei Mal thematisiert, dass uns das aber nicht gelingt. Also, wir haben Regionen im südlichen NRW wie die Eifel, das

Oberbergische Land, Sauerland war sehr schwach vertreten, Teile des nördlichen Münsterlandes, wo es sehr, sehr viele Auftritte gab. Ich hatte ja vorhin diese Frage schon mal gestellt. Die wurde mir auch beantwortet, dass es einfach nicht so viele Buchungen gibt von den jeweiligen Kommunen. Ich verstehe Anhörungen immer so, dass es am Ende des Tages einen Erkenntnisgewinn geben soll, dass wir was lernen. Deswegen eine ganz offene Frage an die vier Vertreterinnen der Häuser hier: Was bräuchten sie denn, damit wir diese Regionen besser erreichen können? Also einfach mal wirklich konkret: Wie schaffen wir es, dass wir Kultur auch in diese sehr ländlich geprägten Räume reinbekommen?

Und die zweite Frage ist: In fast allen Stellungnahmen ist das Thema „Bürokratie“ genannt worden. Da auch die offene Frage an die vier Vertreterinnen der Häuser: Würde Ihnen konkret etwas anderes vorschweben? Denn unsere Erfahrung ist eigentlich, dass die Bürokratie natürlich da ist, existiert, aber auch nicht so überbordend ist. Deswegen auch die Frage an Sie: An welcher Stelle würden Sie sich Bürokratieabbau wünschen?

Vorsitzende Christina Osei: Vielen Dank. – Ich gehe jetzt der Reihenfolge des Tableaus nach vor und gebe Ihnen, Herr Schombert, das Wort.

Mirko Schombert (Burghofbühne Dinslaken): Ich frage ganz kurz zum Vorgehen. Ich habe mir jetzt doch ein paar Fragen aufgeschrieben, die mich betreffen. Soll ich jetzt hier diesen monolithischen Block machen?

Vorsitzende Christina Osei: Ja.

Mirko Schombert (Burghofbühne Dinslaken): In der Tat. Okay. Dann versuche ich, die Fragen in der Reihenfolge, wie ich sie mir notiert habe, abzuarbeiten.

Die Frage des Kollegen kam, warum denn gerade besonders die Kinder- und Jugendtheater gefährdet seien, wenn es um Einsparmaßnahmen geht. Ich möchte es in der Form erklären, das geht auch in die Richtung, warum man mit dem Kinder- und Jugendtheater kein oder zumindest deutlich weniger Geld im Vergleich zum Abendspielplan verdient: Das hat natürlich verschiedene Gründe. Das ist zum einen die Tatsache, dass wir dort in der Regel mit geringeren Platzkapazitäten zu tun haben. Jeder, der sich schon mal ein kritisches Jugendtheaterstück, das sich mit sozialer Ungleichheit beschäftigt, vor 1.000 15-Jährigen angeguckt hat, kann erahnen, dass das nicht sinnvoll ist. Deswegen finden Jugendtheater und auch Theater für Kitas und kleinere Gruppen sinnvollerweise in deutlich geringeren Platzkapazitäten statt, zusätzlich auch noch mit deutlich geringeren Eintrittspreisen. Auch das ist, glaube ich, für hoffentlich alle ersichtlich, dass es dort möglichst wenig Ausschlusskriterien geben soll, möglichst vielen oder allen Kindern und Jugendlichen Teilhabe ermöglicht werden muss. Das zusammengenommen führt also schon dazu, dass dort einfach deutlich weniger Einnahmen generiert werden können.

Hinzu kommt, dass der ganze Bereich der Theatervermittlung, der sich ja nicht nur aufs Kinder- und Jugendtheater bezieht, der natürlich auch für den Abendspielplan aktiv ist, aber trotzdem auch schwerpunktmäßig im Kinder- und Jugendtheater angesiedelt ist, im Prinzip auch kein Geld erzeugt. Vielleicht baue ich da die Frage von Ihnen direkt mit ein: Was machen wir eigentlich? Damit könnte ich den ganzen Nachmittag füllen. Aber ich versuche, es einigermaßen knappzuhalten. Ich habe es in dem Statement versucht. Es gibt Workshops. Also, unsere Theatervermittlerinnen und -vermittler fahren raus, arbeiten themenbezogen mit interessierten Schulklassen, auch Erwachsenengruppen, meistens spielpraktisch, dass also selber gespielt werden kann. Es gibt Nachgespräche, nach Vorstellungen, wo das Gesehene noch mal eingeordnet wird, die Möglichkeit zum Austausch, eben zur Partizipation gegeben wird. Es gibt Material, das Lehrkräften oder auch sonstigen Interessierten zur Verfügung gestellt wird. Ich habe vorhin von der Handreichung, die wir gerade erarbeiten, für den Offenen Ganztag gesprochen. Es gibt Bürger*innenbühnen, also die Möglichkeit, dass Menschen jeglichen Alters selber ihre Themen auf der Bühne verhandeln können. Dort wird in der Regel nicht irgendein Stück gespielt, sondern es werden oft biografische Themen behandelt oder Themen, die einfach gerade relevant sind. Es gibt noch diverses mehr. Wenn Sie wollen, könnte ich es auch weiter ausführen. Das sind so Hauptschwerpunkte. Das sind in der Regel kostenlose Angebote oder sehr günstige Angebote, die wichtig sind auch für ein ganzheitliches Theaterverständnis, das wir alle haben. Aber natürlich ist das fest angestelltes Personal, das das durchführt, genau wie die Ensembles oder Regieassistenz oder Ähnliches im Kinder- und Jugendtheater. Diese Personalkosten, die ja eben einen Großteil unserer Ausgaben darstellen, können dadurch erst mal nicht gedeckt werden. Das ist der Grund, warum die Kinder- und Jugendtheater besonders gefährdet sind.

Ich gehe dann weiter zu Ihrer nächsten Frage, ob da nicht eigentlich ein Kinder- und Jugendtheater reichen würde. Das könnte man ja auch sagen: Dann macht es halt jetzt Dinslaken. Dann machen Sie doch, Herr Schombert, Kinder und Jugend, und die anderen machen was anderes. – Das geht meiner Ansicht nach aus mehreren Gründen nicht. Zum einen, das wird bei euch ähnlich sein, könnten wir viel mehr Kinder- und Jugendtheater spielen, als wir es bereits tun. Die Nachfrage ist also größer als unsere Kapazität, die wir anbieten können. Das heißt, wir kriegen jetzt mit vier Landestheatern die Nachfrage schon nicht abgedeckt. Wenn wir das nur auf ein Theater beschränken würden, würde also dieses Defizit noch größer werden. Und zum anderen greift dann natürlich das, was ich gerade ausgeführt habe, wenn man mit wie bei uns 50 % Kinder- und Jugendtheater schon quasi Geld verliert, verliert man natürlich mit 100 % Kinder- und Jugendtheater noch mehr Geld. Ich komme aus dem Bereich. Ich habe lange Jahre als Theaterpädagoge gearbeitet, habe Kinder- und Jugendtheater geleitet. Ich finde Kinder- und Jugendtheater toll. Grundsätzlich kann man natürlich über alles reden. Ich sage nur, wenn Sie als Zuwendungsgeber sagen, lassen Sie uns ein reines Kinder- und Jugendtheater gründen, dann wird es teurer und nicht günstiger. Aber natürlich ist das erst mal auch eine legitime Überlegung, die man anstellen kann.

Wie die Rückmeldung der Schulen ist, war noch eine Frage. Die ist, das wird Sie wenig überraschen, aber es stimmt, sehr positiv. Ich habe vorhin von diesem Patenklassenmodell gesprochen, das eben besagt, dass einzelne Gruppen oder Kurse eine Produktion

begleiten über einen längeren Zeitraum, über verschiedene Probenbesuche, Führungen durchs Theater, Austausch mit dem Ensemble, Konzeptionsgespräch mit dem Regieteam. Das ist zum einen ein Einblick, den man sonst nicht bekommt, und es ist einfach ein guter außerschulischer Lernort, um diesen Begriff zu benutzen, es gibt die Möglichkeit eines Austausches zu unterschiedlichen Themen. Diese Patenklassen kommen dann eben nicht unbedingt ins Abiturstück, sondern kommen dann auch in Produktionen, die Sie jetzt im schulischen Zusammenhang vielleicht so nicht erst mal sehen würden, wo es einfach, ohne das jetzt auszuführen, um so viele unterschiedliche Themen geht, die uns als Gesellschaft umtreiben. Die Rückmeldung der Schulen ist natürlich sehr positiv. Und solche Angebote wie Schulkooperationen, die wir auch haben, dass wir in die Schulen gehen, dort spielen, dasselbe gilt für die Kitas, die ich da explizit mit reinnehme, für die wir auch jedem Kind einen Theaterbesuch zum Beispiel anbieten, sind, glaube ich, wirklich ein großes Geschenk im wahrsten Sinne des Wortes, weil es oft eben auch sehr günstig oder kostenlos ist. Das ist sehr positiv.

Die Frage nach der politischen Bildung, ob man da nicht eigentlich, Frau Gebauer, was Sie meinten, viel mehr in den Abendspielplan investieren müsste: Ja, aus rein ökonomischen Gründen und aus einer betriebswirtschaftlichen Motivation heraus müsste man das machen. Nun machen wir aber alle nicht Theater aus einer rein betriebswirtschaftlichen Motivation heraus, und Sie als politisch Verantwortliche fördern Ihre Theater nicht, so denke ich, aus einer rein betriebswirtschaftlichen Motivation heraus. Deswegen, glaube ich, liegt die Antwort eigentlich auf der Hand. Sie haben es ja selber schon angedeutet. Das könnte nur zulasten des Angebots für Kinder und Jugendliche gehen, und ich gehe davon aus, dass das niemand möchte.

Ich könnte auch noch was zur Träger- und Finanzierungsstruktur sagen.

Heike Wermer (CDU): Ja, bitte.

Mirko Schombert (Burghofbühne Dinslaken): Ich sage es allgemein: Wir in Dinslaken haben drei Hauptzuwendungsgeber – es gibt auch ein paar Kommunen, die auch mit drin sind –, Sie als Land, die Stadt Dinslaken und den Kreis Wesel. Wir sind für alle drei sehr dankbar, aber natürlich haben alle drei ihre eigenen Probleme und Perspektiven, die sich gerade jetzt in Zeiten verschärfender kommunaler Haushalte natürlich zeigt. Ich sage mal so ganz allgemein: Ein größerer, vielleicht auch verbindlicherer Austausch oder Abstimmung zwischen diesen Zuwendungsgebern wäre sicherlich hilfreich. Ich belasse es mal dabei, ihr ergänzt das bestimmt, aber das wäre bestimmt nicht schlecht.

Dann mache ich die letzte Frage auch noch. Was bräuchten wir, um schwarze Flecken zu füllen? Herr Jablonski, Sie haben diese Frage gestellt. Das ist eine schwer zu beantwortende Frage. Wir haben es schon angedeutet, wir versuchen natürlich, dort Akquise zu betreiben, Marketing zu betreiben, aber haben natürlich im Endeffekt keinen Einfluss, was die Leute buchen. Man könnte über so einen Umweggedanken sich fragen: Okay, dann gibt es da vielleicht in gewachsenen Strukturen in diesen Regionen Orte, die traditionell andere Anbieter, die es ja neben den Landestheatern auch gibt, am Markt buchen. Vielleicht kommen wir da aus irgendeinem Grund nicht ran, weil die

Strukturen so gewachsen sind, oder ich weiß es nicht. Ohne jetzt eine ganz konkrete Idee zu haben, aber vielleicht – natürlich gibt es das teilweise auch über das Kultursekretariat und so schon – gibt es Modelle und Formate, die Anreize schaffen würden für die Bespieltheater, auch vermehrt Landestheater zu buchen und damit ja auch Ihr Geld, das in uns reinfließt, vielleicht auch dort sinnvoller zu nutzen. Das ist vielleicht eine Richtung, in die man noch mal nachdenken könnte.

Damit höre ich jetzt erst einmal auf.

Heike Wermer (CDU): Ich vermisse noch eine Antwort zum Gutachten, wie Ihre Erfahrung ist mit dem Gutachten, also ob Sie schon befragt worden sind und – wenn ja – wie Ihr Eindruck davon ist.

Mirko Schombert (Burghofbühne Dinslaken): Also, wir wurden befragt. Wir hatten bereits ein Videointerview, wie, glaube ich, alle Beteiligten hier. Es war ein sehr zugewandtes, sehr offen interessiertes Gespräch, und es wurde uns auch – das schien ein Bedürfnis zu sein – sehr signalisiert, dass es nicht Anliegen dieses Gutachtens sei, möglichst viel Einsparpotenzial aufzudecken oder gar irgendwie Möglichkeiten zu schaffen, ein Landestheater zu schließen, sondern dass es tatsächlich darum geht, eine Basis zu schaffen und zu verstehen, um auf dieser Basis über – das war Ihre andere Frage – zukünftige Träger- und Finanzierungsstrukturen zu reden. Insofern war der Eindruck jetzt nicht der des bösen Gutachters, der jetzt durchs Haus fegt. Nichtsdestotrotz ist, glaube ich, das Auftragsvolumen in einem Maße, das, wenn man bedenkt, dass hier vier Landestheater und drei Landesorchester durchleuchtet werden sollen, glaube ich, eine automatische Begrenzung der – Sie haben vorhin über Detailtiefe hier im Bericht gesprochen – … Ich glaube, die Detailtiefe ist hier auch automatisch ein bisschen begrenzt, denke ich.

Stefan Dörr (Landestheater Detmold): Ich würde zunächst einmal auf die beiden Fragen, die Herr Dr. Maelzer direkt an uns gestellt hat, zum Thema „Zielvereinbarung“ eingehen. Warum ist die eingestellt worden? Das ist eine gute Frage. Wir hatten eine Zielvereinbarung mit allen vier Landestheatern, die in vielen Bereichen gleichlautend war, und es gab dann eben einzelne Ziele oder bestimmte Zielerreichungsmechanismen, die für jedes Theater individuell angepasst worden sind. Als klar war, dass sie auslaufen würde, sind wir sehr frühzeitig in den Dialog gegangen mit dem Ministerium und haben verschiedene Angebote gemacht, haben gesagt, das könnten wir uns vorstellen, wie es möglicherweise weitergehen könnte. Das ist nicht auf fruchtbaren Boden gefallen, so möchte ich mal sagen. Wir hatten sogar auch schon Entwürfe dafür abgeliefert, wie es wohl weitergehen könnte. Warum es nicht zu einer neuen Zielvereinbarung gekommen ist, das kann ich nicht so ganz genau sagen. Es war einfach so, dass wir aus unserer Sicht, glaube ich, sehr frühzeitig wieder über das Gemeinsame Büro, also gemeinsam kommuniziert haben, gesagt haben: Das sind die neuen Ziele, die wir uns vorstellen. – Das ist nicht zum Erfolg gekommen. Die Gründe sind im Verborgenen geblieben, so möchte ich einmal sagen.

Dann hatten Sie davon gesprochen, existenzielle Bedrohung. Ja, das ist es in der Tat, denn – ich wiederhole mich da – dadurch, dass die Kosten für das Personal eben so unheimlich hoch sind, kann man das mal ein Jahr ausgleichen. Wir haben die besondere Situation als Landestheater Detmold, eine GmbH zu sein, das heißt also ein Stammkapital zu haben und Rückstellungen zu haben, aus denen heraus wir Unwuchten finanzieren können. Das ist allerdings zeitlich sehr begrenzt.

Sie hatten auch danach gefragt, wie es denn mit den Gesellschaftern ist. Könnten die nicht noch ein bisschen mehr dazugeben. In unserem Fall ist es so, auch bei den Kolleg*innen vielfach, dass die Gesellschafter, bei uns sind es drei wesentliche, Kreis, Stadt und der sogenannte Landesverband Lippe, sich verpflichtet haben, zwei Jahre hintereinander 8,5 % obendrauf zu legen. Das heißt, die haben in Summe 17 % obendrauf gelegt und gesagt: Okay, uns ist bewusst, ihr habt wahnsinnige Tarifsteigerungen. Wir sind als Gesellschafter bereit, da in die Vorfinanzierung zu gehen. Wir wissen, die Diskussion mit dem Land ist da immer etwas langwieriger. – Das wurde gemacht – das möchte ich nicht verhehlen – mit der deutlichen Erwartungshaltung, wenn wir schon voranschreiten, sollte doch der eigentlich stärkere Partner Land dann auf jeden Fall auch mitkommen, denn das können wir natürlich nur begrenzt. Wir möchten das als Signal für unser Theater ganz deutlich zeigen und möchten damit auch das Land indirekt auffordern, doch da auch ein starkes Zeichen mitzugehen. Also, das zu Ihrer Frage, ob die Gesellschafter noch mehr tun können. In unserem Fall waren es zweimal 8,5 %. Ich glaube, zu einer weiteren deutlichen Steigerung oder überhaupt zu weiteren Steigerungen kann ich die Gesellschafter nur sehr begrenzt motivieren.

Dann hat sich das Kinder- und Jugendtheater angesprochen, haben gesagt: Warum ihr das auch? Das können auch die anderen machen. – Nun ist es bei uns genauso wie bei den anderen Kollegen in Neuss beispielsweise, aber auch in Castrop-Rauxel und an den anderen Orten so, dass wir auch für unsere eigenen Angebote vor Ort natürlich den Nachwuchs oder die Jugendlichen mit erreichen wollen und auch an das Theater heranführen wollen. Das heißt, wir tun das sicherlich NRW-weit und darüber hinaus, aber es ist ja auch ganz wesentlich, dass wir vor Ort die Leute mit erreichen können und dass wir natürlich, wenn wir das Theater vor Ort sind, dort auch in die Kindergärten, in die Schulen usw. hineingehen.

Zu dem Thema: Können Sie da nicht mehr Leute möglicherweise reinsetzen? Der liebe Mirko hat jetzt eben ein Stück genannt, wo er sagt: Das ist für 30, 40, 50 Leute. – Da können Sie sich vorstellen, wenn ich 50 oder 60 Kinder habe von vier oder fünf Jahren, da geht es nicht nur darum, dass es schwierig wird von der Konzentration her, sondern dass es einfach auch ein gewisser Lärmpegel ist. Also, mehr als 50 oder 60 Kinder kann ich schlecht in ein Kinder- und Jugendtheater reinsetzen. Und wir gehen ja auch in die Schulen, wir gehen in die Kindergärten, sind dort in den Schul- und Kindergartenräumen. Da sind 25, 30 Kinder. Das ist nicht so, dass die große Aula für die Kindergärten noch da ist, wo man vor einer größeren Menge spielen könnte.

Zu dem Gutachten. In der Tat, wir sind alle schon einmal interviewt worden. Etwas schwierig war sicherlich der Beginn, dadurch, dass die Theaterträger mit einbezogen

worden sind und es auch ein bisschen zu Irritationen geführt hat, dass das sehr spät an die Theaterträger mit kommuniziert worden ist.

Was eine weitere Herausforderung aus meiner Sicht darstellt, ist der zeitliche Horizont. Ursprünglich wurde uns genannt, dass bis Ende des ersten Quartals, das heißt, jetzt gut in drei Monaten, Ergebnisse vorliegen sollen. Das kann ich mir persönlich sehr schwer vorstellen, denn die Diskussion – Sie haben ja auch die Zielrichtung des Gutachtens gesehen – darüber, wie möglicherweise zukünftig eine Finanzierungsstruktur aussehen könnte, das wird ja … Jetzt gerade hatten wir Wahlen in NRW, jetzt gerade setzen sich die Gremien der verschiedenen Träger wieder zusammen. Bis die sich damit beschäftigt haben, wie es zukünftig weitergehen kann und welche größeren Anteile sie möglicherweise übernehmen könnten, oder, oder, oder, das wird sicherlich deutlich länger dauern. Also, das erste Quartal halte ich für sehr ambitioniert.

Sie hatten nach der aktuellen Struktur gefragt. Die ist in der Tat sehr unterschiedlich bei uns. Ich kann für uns sprechen. Wir sind in der GmbH und haben damit die Möglichkeit, Unwuchten auszugleichen.

Eine Sache noch, Herr Jablonski hatte gefragt, wie es mit einer Förderung aussieht oder was man an der Förderrichtlinie möglicherweise ändern könnte. Dankenswerterweise sind die sogenannten Anlagebestimmungen zur institutionellen Förderung geändert worden, sodass wir seit diesem Kalenderjahr die Möglichkeit haben, auch Zwei-Monats-Förderungen in das nächste Jahr mit zu transferieren. Sonst mussten wir am Ende des Jahres immer eine kamerale Null haben. Das heißt, wir durften Null Euro auf der hohen Kante haben mit dem Ergebnis, dass, wenn es Unwuchten gibt, wir sofort dann auch dastehen und sagen: Wo soll das Geld herkommen? Das ist schon mal eine ganz gute Möglichkeit.

Sie hatten gefragt, wo es denn tendenziell möglicherweise hingehen kann. Ich nenne mal ganz verwegen jetzt die Situation, wenn es denn zu einer neuen Strukturierung kommt, wären wir natürlich glücklich und zufrieden, wenn das Land dann auch Gesellschafter beispielsweise würde und damit eine feste Verpflichtung einginge. Denn als Gesellschafter, so wie wir Sie es in Düsseldorf beim Theater dort tun, ist die Diskussion darüber, ob wir denn die Tarifsteigerung mittragen, vollkommen obsolet. Denn es ist vollkommen klar, dass für die eigenen Beschäftigten einer eigenen Einrichtung selbstverständlich die Tarifsteigerungen übernommen werden.

So viel dazu.

Frank Jablonski (GRÜNE): Die Frage noch zur Fläche, wie Sie besser in die Fläche kommen.

Stefan Dörr (Landestheater Detmold): Die Frage, wie wir besser in die Fläche kommen: Man muss natürlich schauen, es gibt zwei Dinge. Zum einen müssen Sie vor Ort tatsächlich auch geeignete Veranstaltungsräumlichkeiten haben. Das heißt, das ist vielleicht in sehr kleinstrukturierten ländlichen Bereichen durchaus eine Herausforderung. Schon die bestehenden Einrichtungen sind oftmals in einem durchaus bedauernswerten Zustand. Also, da könnte man gucken, ob man zusätzlich über das Programm der

Dritten Orte möglicherweise dort noch mehr Orte motiviert bekommt, so etwas zu tun. Und Sie müssen natürlich auch Leute haben, nicht nur, dass wir dorthin fahren und sagen, wir stellen euch unser Programm vor, Sie müssen auch Ansprechpartner haben. Das heißt, Sie müssen auch vor Ort irgendjemanden haben, der sagt: Ja, ich bin der Veranstalter, ich bin derjenige, der möglicherweise ein Kinder- und Jugendtheater oder welches Programm auch immer einkauft. – Und auch das müssen Sie haben. Also, Sie müssen sowohl einen Raum haben, wo Sie es machen können, als auch jemanden, der vor Ort wirklich der Veranstalter ist. Wir können vieles zur Verfügung stellen, Werbematerial und vieles mehr. Wir können auch einen Teil der Werbung übernehmen, indem wir digitale Unterlagen vorher schon hinschicken und auch die sozialen Medien mit bespielen. Trotzdem zum Schluss müssen Sie einen Veranstalter vor Ort haben. Das ist vielleicht auch nicht immer gleich gegeben.

David Michalski (Rheinisches Landestheater Neuss): Ich muss jetzt nicht auf alles eingehen, weil ja vieles uns auch betrifft.

Zur Zielvereinbarung. Genauso wie du es beschrieben hast, wir waren bereit. Wir haben zusammen kommuniziert, dass wir uns wünschen, dass die fortgeführt wird, und haben leider bis heute keine Antwort bekommen aus dem Ministerium.

Ist es wirklich eine existenzielle Notlage, Herr Maelzer? Ja, das hat Herr Dörr gerade schon angesprochen. Wir haben unterschiedlichste Rechtsformen und Trägerstrukturen. Wir, jetzt für Neues gesprochen, sind da in einer ganz besonderen Situation, weil wir ein eingetragener Verein sind. Nicht mehr, muss ich sagen, aber auch generell nicht sollten wir über sehr, sehr hohe Rücklagen verfügen. Das heißt, Mindereinnahmen oder auch eben nachträglich verhandelte Tariferhöhungen und generell Tariferhöhungen natürlich als Hauptpunkt sind für uns aktuell absolut entscheidend und haben uns gerade dieses Jahr in eine absolute Notlage gebracht, was auch dazu geführt hat, dass wir vom Land eine zwar nicht ganz ausreichende, aber immerhin noch mal eine Einmalzahlung bekommen mussten, weil es bei uns wirklich existenziell ist. Wir haben eben auch kein Stammkapital, auf das wir zurückgreifen können usw.

Und bei uns – das muss man sagen, das greift jetzt schon die zweite Frage ein bisschen vorweg – ist es eben so, dass die Stadt Neuss gerade, was die institutionelle Erhöhung angeht, aber auch für projektgebundene Mittel absolut nur so viel zahlt, wie das Land zahlt. Das heißt, wenn das Land nicht zahlt, zahlt die Stadt quasi auch nichts. Und das stellt uns vor ein doppeltes Problem, weil wir reden nicht von der Summe, die wir einsparen müssen, wenn das Land nicht zahlt, wir müssen es immer mal zwei rechnen. Und das sind, wenn 600.000, 700.000 fehlen bei einem Etat von 7,5 Millionen, direkt mal 10 % des Gesamtetats. Das ist einfach nicht auszugleichen. Das ist so. Das gibt keine Rücklage dieser Welt her, jedenfalls nicht bei uns.

Sie hatten gefragt, Träger und Stadt. Das habe ich jetzt im Prinzip schon beantwortet

Frau Wermer, Sie wollten Erfahrungen zum Gutachten. Da kann ich mich auch Herrn Dörr und Herrn Schombert anschließen. Es war ein aufgeschlossenes erstes Gespräch, aber auch wir in Neuss sehen die Herausforderung, dass es ein enger Zeithorizont ist, dass da eine tragfähige Struktur in der Zukunft eigentlich nur mit den Trägern,

oder wie auch immer man sich nennt – das Land möchte ja nur Zuschussgeber genannt werden – … Wenn man dies fundiert für die Zukunft tragend verhandeln möchte, braucht man eigentlich umfassende Auseinandersetzungen miteinander in Form von Workshops, in Form von mehreren Tagen, Wochen, Monaten, vielleicht Jahren. Das sehen wir kritisch, dass das innerhalb von ein, zwei Interviews einmal dargelegt werden kann, auch wenn wir die Kolleginnen von METRUM durchaus als sehr aufgeschlossen wahrgenommen haben. Wir sind gespannt, was da rauskommt, aber für den Teil von Marie Johannsen und mir kann ich nur sagen, wir hatten ein 90-minütiges Gespräch und bisher nichts. Das ist so die Frage, wie das eigentlich weitergehen kann und was man eigentlich beantworten kann auch vor der Frage: Wo können Sie doch noch was sparen? Wo gibt es denn noch Möglichkeiten? Jeder, der sich die Zahlen und das Angebot, also den Output, anschaut von dem, was wir tun mit unseren Mitteln, weiß eigentlich, wir sind schon an der Unterkante von dem, was wir leisten können. Ja, wir können sagen, wir sparen noch drei Produktionen ein, nur dann erfülle ich einfach nicht mehr meinen Bildungsauftrag. Das heißt, die Frage muss unter den Trägern oder den Zuschussgebern geklärt werden. Diese Frage kann mir nicht gestellt werden. Ich kann ganz viel einsparen. Ich kann das komplette Personal einsparen. Dann wird es aber schwierig mit dem Bildungsauftrag, wenn Sie verstehen, was ich meine.

Wie bewerten Sie die Träger- und Finanzierungsstruktur des Hauses? Was würden Sie sich wünschen? Ich glaube, wir sind jetzt einer der wenigen Vereine in der deutschen Theaterlandschaft. Es gibt da Vor- und Nachteile in Bezug auf eine GmbH, aber generell, das ist auch schon angeklungen, wünschen wir uns eine absolut höhere Verbindlichkeit hinsichtlich der Finanzierung natürlich. Wir haben es schon gesagt, bis 2028 schließen wir gerade Verträge. Wir haben feste Mitarbeiterschaft, die da jetzt auch nicht irgendwie nur jahresweise beschäftigt ist, sondern die unbefristete, tarifgebundene Verträge hat. Wir würden uns wünschen, das wäre zum Beispiel beim Stammkapital bei einer GmbH zu lösen, dass wir eine auskömmliche Rücklagensituation haben. Da kann man sich streiten, ob das ein halbes Wirtschaftsjahr ist oder ein ganzes, keine Ahnung, aber dass wir eben nicht jedes Jahr, wenn es zum Beispiel Mindereinnahmen überraschenderweise mal in einem Punkt gibt, hier sitzen müssen, sondern betriebswirtschaftlich eine etwas größere Flexibilität haben. Dafür wäre es für die Nerven aller Beteiligten gut, höhere Rücklagen zu haben.

Und wir wünschen uns einen höheren Infrastrukturfokus, dass wir eben nicht nur über Personalkosten reden, sondern auch über Infrastruktur, Sachkosten usw. Langfristigkeit habe ich erwähnt.

Frau Gebauer wollte wissen, Kinder- und Jugendtheater. Da kann ich mit einstimmen. Nicht nur Kinder- und Jugendtheater, auch generell, wir haben deutlich mehr Zuschauende als letztes Kalenderjahr. Wir haben tolle Kritiken bei uns, das heißt, der Laden brummt und läuft künstlerisch. Wir haben tolle Zusatzangebote, das offene Foyer usw. Auf der anderen Seite läuft es finanziell eben dadurch nicht gut. Also, auch im Kinder- und Jugendtheater über 50 restlos ausverkaufte Weihnachtsvorstellungen jetzt, die rennen uns die Bude ein, aber auch sonst haben wir bei uns auf der kleinen Bühne ganz, ganz tolle Zuläufe beim Kinder- und Jugendtheater. Also, würde man – ist auch schon oft angeklungen – das reduzieren, nähmen wir uns einen ganz, ganz großen

Teil unseres Publikums und, ich glaube, eines ganz, ganz wichtigen Publikums, was ja auch der Ministerpräsident immer wieder betont.

Die Rückmeldung der Schulen ist dementsprechend gut.

Und zu Herrn Jablonski: Wie schafft man es, die Kultur in die ländlichen Bereiche zu bringen, wo das vielleicht noch nicht so ist? Also, wir haben es schon gesagt, der ländliche Bereich knarzt vor allem deswegen, weil die Haushaltssituation oft so ist, wie sie ist. Wir haben einige Kommunen, wo gar kein Kulturangebot jetzt mehr stattfindet. Da wird einfach gar nicht mehr mit uns gesprochen, weil da gibt es gar nicht mehr die Frage, wen man bucht, da wird einfach gar nicht mehr gebucht. Das wäre im Prinzip eine übergeordnete politische Frage, wie man die Kommunen jetzt in Sachen Kultur besser unterstützen kann. Aber sicherlich wird es auch helfen ganz unpragmatisch, wenn wir unsere Kosten senken könnten im Abstecherbereich. Also, wenn wir nicht mehr 8.000 Euro für die Zauberflöte nehmen, sondern nur noch 6.000, dann wären wir in so einem Bereich, wo wir tatsächlich in vielen Diskussionen, wo wir gerade sind … Und da wird, und das müssen Sie mir glauben, um 100 Euro gefeilscht, um ein Hotelzimmer mehr oder weniger. So sieht es nämlich gerade aus in den Kommunen. Das wäre natürlich ein Zeichen neben den anderen, die schon genannt wurden, was eigentlich wichtig wäre und notwendig. Anders sehen wir das nicht.

Zum Bürokratieabbau habe ich einen interessanten Punkt von der Kollegin, die aktuell in Bielefeld arbeitet und vorher in Rheinland-Pfalz war. Es ist schon erstaunlich, dass wir wie erwähnt immer nur über diese Tariferhöhungen sprechen. Diese erwähnten Sachmittel, die teurer werden, der Verwaltungsaufwand steigt usw., da wird uns aktuell oft gesagt: Da gibt es hier mal ein Förderprogramm und da mal irgendwo einen Fördertopf. Bewerbt euch doch mal drauf. – Ich kann Ihnen sagen, das tun wir, weil wir es tun müssen, weil wir abseits unseres Das-tun-wir-schon-immer-so-Programms finanziell einfach sonst gar keine Möglichkeiten hätten, irgendwas anderes zu tun. Ich kann Ihnen aber sagen, für ein Programm von 15.000 Euro habe ich einen Verwaltungsaufwand von fast 7.000 Euro. Ich kenne es aus anderen Bundesländern nicht persönlich, aber durch Kolleginnen gespiegelt, dass es da deutlich flexiblere institutionelle Förderzusagen gibt, die größer sind, wo nicht einzeln geschaut wird, wofür gebt ihr es aus, sondern da wird einfach gesagt: Okay, Tariferhöhungen, 5 % sind immer fest mit drin, wir geben euch aber pauschal 3% drauf für Infrastruktur, für Gebäudeinstandsetzung usw. – Das würden wir uns wünschen. Auch da wären wir flexibler. Und Sie haben die Expertisen ja immer im Haus oder in enger Absprache auch mit unseren Kulturämtern etc.

Günther Wolfahrt (Westfälisches Landestheater Castrop-Rauxel): So langsam stellt sich die Frage: Was machen wir jetzt? Wie kommen wir denn weiter? Summa summarum, wir bitten einfach um Ihre Mithilfe, insbesondere für das bald anstehende Jahr 2026, weil da würde uns eine weitere Stagnation der Förderung des Landes wirklich sehr, sehr hart treffen. Ab 2027 hoffen wir einfach mal auf ein gutes Ergebnis der vom Land beauftragten METRUM-Kulturberatungsgesellschaft. Aber für 2026 bitten wir einfach um Ihre Mithilfe. Helfen Sie uns, aktivieren Sie Ihre Netzwerke, um einfach auf politischem Wege eine anteilige Finanzierung des Landes an den verpflichtenden

Mehrkosten der Landestheater zu erzielen. Das sind insbesondere die verpflichtenden Tarifkostensteigerungen, und das sind aber auch die Preissteigerungen in den übrigen Bereichen.

Das ist unser kurzfristiger Wunsch, unsere kurzfristige Bitte. Den langfristigen Aufschlag haben David Michalski und die Kollegin gemacht. Ich denke, es ist jetzt an der Zeit zu überlegen, wie wir denn weiter über die Anhörung im Kulturausschuss hinaus zu verpflichtenden Beschlüssen am Ende des Tages kommen.

Claudia Schmitz (Deutscher Bühnenverein): Die erste Frage kam von Herrn Dr. Maelzer, und die Frage war: Warum gibt es denn überhaupt den Handlungsbedarf, wenn doch alles so erfolgreich läuft? Diese Frage spielt das Verhältnis an von Zuwendungsanteil zu Eigenanteil in der Finanzierungsfrage, und es spielt auf die Verteilung der Kosten in einem Theaterbetrieb an. Ich habe mal ein Beispiel gemacht, weil es das, glaube ich, nachvollziehbar macht. Wir gehen mal vom aktuellen Tarifabschluss im TVöD aus, also 3 % in diesem Jahr, nächstes Jahr auf den erhöhten Anteil noch mal die 2,8 %. Wir sagen, wir haben ein Theater, das hat ein Budget von 10 Millionen Euro. Von diesen 10 Millionen Euro entfallen 75 % der Kosten mindestens auf das Personal, also 7,5 Millionen Euro. Eine dreiprozentige Steigerung bedeutet 225.000 Euro Mehrkosten. Dieses Theater hat ein Einspielergebnis, also bringt mit seinen eigenen Einnahmen einen Anteil zur Finanzierung von 15 %. In Klammern: Die Landestheater haben sehr gute Einspielergebnisse. – Es ist also nicht, wenn Sie in die Theaterstatistik schauen, der Bundesdurchschnitt, sondern das ist schon ein richtig gutes Ergebnis. Das heißt, dieses Theater bringt zur eigenen Finanzierung 1,5 Millionen Euro. Wenn es jetzt also diese 225.000 Euro refinanzieren müsste, müsste es seine Einnahmen um 15 % steigern, das aber nur in diesem Jahr, weil nächstes Jahr gibt es ja schon wieder eine Steigerung um 2,8 %. Das heißt, nächstes Jahr müsste es seine Einnahmen wieder um 15 % steigern. Ich glaube, damit wird deutlich, dass Sie über eine Steigerung von Einnahmen niemals finanzieren können, was Ihnen sozusagen in der strukturellen Finanzierung vom Zuwendungsgeber fehlt. Es ist plausibel, dass Theaterbetriebe personenintensive Betriebe sind. Da stehen jeden Abend Menschen live auf der Bühne und machen das alles für Sie. Das ist einfach nicht möglich. Das ist einfach nicht darstellbar. Deswegen ist es gut und wichtig, dass ein Betrieb gut läuft. Das hat was mit dem Eigenanteil zu tun, das hat aber auch was mit einer Akzeptanz zu tun in der Bevölkerung, dass ein Haus einfach gute Zuschauerzahlen erwirkt. Aber es wird niemals möglich sein, darüber letztendlich fehlende Finanzierungsanteile etwa über nicht ausgeglichene Tarifsteigerungen zu refinanzieren. Das war die erste Frage.

Die zweite Frage war von Ihnen, Frau Gebauer, zum Pakt. Wir haben das mal „Pakt“ genannt, Sie können es auch „Zielvereinbarung“ nennen. Am Ende geht es eine Vereinbarung. „Pakt“ deswegen, weil aus unserer Sicht wichtig ist, dass es etwas ist, was auf Augenhöhe verabredet wird zwischen Trägern, Zuwendungsgebern und der Organisation und nicht einseitig nur angesagt wird und das auf Basis von einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit geschlossen wird, die gerade in diesen Zeiten extrem wichtig ist.

Was enthält so einen Pakt? Auf jeden Fall eine Finanzierungszusage für mindestens drei Jahre, besser fünf Jahre, er enthält Aussagen zur Dynamisierung der Zuwendung, und er enthält eine Verständigung über die kulturpolitischen Ziele, also letztendlich über den Auftrag, den diese Institution hat.

Aus unserer Sicht noch ganz wichtig: Dieser Pakt ist kein Geheimpapier, was in Schubladen liegt, sondern so ein Pakt gehört ganz offensiv kommuniziert nach außen, weil er aus unserer Sicht auch Teil des Lobbyings ist, also der kulturpolitischen Kommunikation, und hat eine möglichst hohe rechtliche Verbindlichkeit. Das ist ein Punkt, wo Haushaltsvorbehalt immer ein bisschen schwierig ist, aber es sollte so rechtsverbindlich sein wie möglich.

Ich hoffe, dass ich alles beantwortet habe.

Vorsitzende Christina Osei: Vielen Dank. – Herr Deutsch und Herr Professor Dr. Davydov, an Sie sind keine konkreten Fragen gestellt worden, aber es gab ja eine allgemeine Frage. Wenn Sie darauf auch antworten möchten, dann haben Sie bitte jetzt das Wort.

Lorenz Deutsch (Kulturrat NRW): Ich würde das zugunsten einer zweiten Runde nicht tun.

Vorsitzende Christina Osei: Herr Professor Dr. Davydov? – Sie auch nicht. Okay.

Dann kommen wir jetzt zu einer zweiten Fragerunde. Ich bitte die Abgeordneten um ihre Fragen. -Herr Dr. Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe noch zwei Fragen. Zum einen ist das Gutachten angesprochen worden. Auch auf den etwas holprigen Start ist eingegangen worden. Also, manche Träger des Landestheaters Detmold haben ja erst durch unsere Anfrage erfahren, dass es so ein Gutachten überhaupt geben soll. Aber jetzt ist es da. Alle beteiligen sich konstruktiv an diesem Prozess. Aber wenn dieser Prozess irgendwann im Jahr 2026 abgeschlossen wird, dann wird das ja erst was für die Zukunft sein können, also wahrscheinlich erst ab 2027 greifen können. Können wir auf eine Lösung für 2026 verzichten? Also, es gab einen Haushaltsänderungsantrag dazu, der abgelehnt worden ist. Offensichtlich gibt es die Einschätzung, dass man für 2026 darauf verzichten kann. Was würden Sie dazu sagen? Kann man diesen Prozess erst abwarten, oder müsste da jetzt was passieren?

Jetzt wurde vielfach dazu aufgefordert, konstruktive Lösungen zu suchen. Ich will mal fragen: Dieser Antrag, über den wir heute diskutieren, besteht im Wesentlichen aus zwei Punkten, die bisherigen Tarifsteigerungen auszugleichen und alle zukünftigen Tarifsteigerungen zur Förderung der Landestheater zu dynamisieren. Wäre das nicht die Lösung?

Vorsitzende Christina Osei: Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen aus den Reihen der Abgeordneten? Das ist nicht der Fall. Dann bitte, Herr Schombert.

Mirko Schombert (Burghofbühne Dinslaken): Zu der ersten Frage, ob wir für 2026 darauf verzichten können. Das ist ein bisschen individuell, von Theater zu Theater unterschiedlich. Ich kann es jetzt nur für uns beantworten, und, ich denke, ihr beantwortet es gleich für euch.

Wir haben eine Defizithochrechnung gemacht. Das würde jetzt alles ein bisschen sehr weit führen. Da gibt es gerade noch ein paar Schwierigkeiten. Mit gewissen Rücklagen, die wir jetzt gerade abschmelzen, würden wir, soweit das dann alles durchgeht – wir sind da in engem Kontakt mit der Bezirksregierung –, bis ins Jahr 2027 reinkommen bei entsprechender finanzieller Situation, auch nur, weil Stadt Dinslaken und Kreis Wesel ihre Anteile, ihre Zuwendung verdoppelt haben. Das muss man schon auch sagen. Ohne das wäre das vorher schon nicht möglich gewesen. Bereits im Jahr 2027, wenn dann diese Rücklagen aufgebraucht sind, wäre das schon deutlich früher der Fall. Sollten hier noch Rückzahlungen anstehen, dann könnte das bei uns aber auch schon in 2026 kritischer werden. Das muss man auch dazu sagen.

Ja, ich denke schon, die Dynamisierung, im Idealfall auch die nachträgliche – Sie wissen schon, was ich meine – wäre die Lösung. Das würde immer noch – das wurde vorhin ja schon mal angesprochen – nur – in Anführungszeichen – den Teil der steigenden Tarifkosten abdecken. Und wir sind natürlich trotzdem wie alle Institutionen auch mit gestiegenen Sachkosten, Inflation konfrontiert. Das würde auch nach wie vor ein Problem bleiben. Wir würden also jetzt nicht sofort die Schlaraffenlandfahne hissen, aber es würde schon mal tatsächlich erst mal eine Lösung sein, die uns alle sehr viel weiterbringen würde. Das auf jeden Fall.

Stefan Dörr (Landestheater Detmold): Herr Dr. Maelzer hat gefragt, Verzicht für die Lösung für 2026. Wir haben ja die Situation, dass wir dieses Jahr schon verzichtet haben und dass letztes Jahr eine etwas interessante Rechnung aufgemacht worden ist. Also, das kann ich ganz klar sagen. Dadurch, dass der Anteil bei uns eben wie bei allen anderen rund 50 % beträgt, das kann man mal ein Jahr ausgleichen. Wir haben allerdings für den Wirtschaftsplan für das kommende Wirtschaftsjahr – wir haben immer parallel zu den Spielzeiten die Wirtschaftsjahre – und auch schon für das aktuelle eine Steigerung unterstellen müssen. Die Gesellschafter haben uns beauftragt und gesagt: Wenn wir so und so viel drauflegen, bitte unterstellt auch beim Land die gleiche Steigerung. – Dementsprechend würden uns im aktuellen Wirtschaftsjahr, was aus dem Kalenderjahr 2025 und 2026 besteht, insgesamt rund 1,3 Millionen Euro fehlen. Denn wir haben ja die Dynamisierung auf das letzte Jahr nicht gehabt. Wir haben die Dynamisierung fürs nächste Jahr, die dann schon wieder auf die erfolgte Erhöhung, also mit internem Zinsfuß, sich noch mal erhöhen würde. Da fehlt uns schon richtig, richtig viel. Wir haben, das kann man auch gut nachlesen, ein Stammkapital von 3 Millionen Euro – das ist bei uns damals sehr großzügig gewählt worden –, um im Ernstfall darauf zurückzugreifen. Allerdings ist das natürlich keine Lösung. Das, was also zur Existenzsicherung – jetzt kann man sagen, das ist halt immer eine bedrohliche Situation – gewählt worden ist, das könnt ihr jetzt auch einsetzen. Das würden wir sehr, sehr, sehr ungern tun. Klar, wenn man diese Rücklagen einmal anknabbert, dann kann man sie auch nie wieder auffüllen. Das wäre also das zu Ihrer Frage.

Verzicht auf 2026, das wäre ausgesprochen bitter, gerade auch – das muss ich ganz klar noch mal sagen – als Signal für die Region, die eben anders als an vielen anderen Stellen gesagt hat … Sie können sich das vorstellen. Sie haben ja die gleiche Situation, dass viele andere auch angefragt haben bei Kreis, Stadt und Landesverband. Bei uns haben sie gesagt: Wir geben euch zweimal 8,5 %. – Wenn sich da nichts tut, das wäre mehr als bedauerlich.

Sie hatten die zweite Frage, Tarifsteigerung als Lösung. Ja. Wenn eine Dynamisierung erfolgen würde mit der klaren Maßgabe, es ist immer die Tarifsteigerung. Natürlich gibt es auch überproportionale Steigerungen – ich hatte eben Hotelkosten oder auch Energiekosten genannt, die deutlich über den Tarifsteigerungen liegen –, aber es wäre überhaupt mal eine Maßgabe, wie man zukünftig rechnen kann, da 80 bis 85 % eben Personalkosten sind. Da wäre die Tarifsteigerung als Maßgabe für die Steigerung der Landeszuschüsse sicherlich das Wesentliche.

David Michalski (Rheinisches Landestheater Neuss): Ich habe es vorhin schon gesagt, wir hieven uns ja gerade so nach 2026. Deswegen stellt sich die Frage nicht, ob wir ohne Zuschüsse 2026 überstehen. Nein, tun wir nicht. Wir haben, obwohl wir einen deutlich kleineren Etat haben, auch einen Fehlbetrag von bis zu 1,3 Millionen Euro. Das liegt aber daran, dass wir eine deutlich geringere bis quasi keine Rücklagensituation mehr haben und eben bei uns die Stadt nicht erhöht hat einmalig und alleinig, so wie in anderen Häusern. Das heißt, die Stadt hat immer nur so viel gegeben wie das Land, wie ich es gerade schon erklärt habe. Das heißt, bei uns wird es spannend, wenn jetzt als Ergebnis dieser Anhörung vielleicht trotzdem im Ausschuss nicht beschlossen wird, dass die Tariferhöhungen übernommen werden. Dann müssen wir weiter, so wie wir es bisher auch machen mussten, mit Stadt und Land verhandeln über sehr anstrengende Einmalzahlungen. Die werden dann irgendwie zweckgebunden. Ich kann Ihnen aber sagen, für den Nachtschlaf der Intendantin und mir ist es keine gute Situation, weil wir einfach oft erst gegen Ende des Jahres wissen, wie die finanzielle Situation im laufenden Haushalt aussieht. Das wünscht man wirklich niemandem, gerade im laufenden Jahr.

Zur zweiten Frage, die Dynamisierung. Natürlich, das ist die Lösung, jedenfalls für einen Großteil des Problems. Ich muss Ihnen auch sagen, das verstehe ich absolut nicht – das habe ich auch der Ministerin schon persönlich gesagt –, warum wir als Landestheater und -orchester nicht in der Anmeldung des Budgets für das nächste Jahr innerhalb des MKW wie Landesinstitutionen behandelt werden, weil wir faktisch halt immer wieder dastehen mit derselben Frage und irgendwie nicht drumherum kommen durch diese Tarifgebundenheit, und das jetzt schon seit drei Jahren. Also, einmal kann man das vielleicht vergessen, aber das Thema ist ja bekannt, und es wird einfach nicht gemacht. Das heißt, ein Großteil des Problems wäre gelöst durch die Dynamisierung, aber sicherlich, wie ich es schon gesagt habe, nicht komplett alles.

Günther Wolfahrt (Westfälisches Landestheater Castrop-Rauxel): Wir haben für das nächste Kalenderjahr 2026 einen Fehlbetrag von rund 500.000 Euro kalkuliert.

Die Dynamisierung, die Beteiligung des Landes an den verpflichtenden Tarifkostensteigerungen wäre ein wirklich guter Move, genauso wie die Beteiligung an den Preissteigerungen entsprechend des Förderniveaus. Wir erfüllen für das Land eine kulturpolitische Grundsatzaufgabe. So steht es in den Zielvereinbarungen, die von beiden Seiten unterzeichnet sind. Warum wir dann jedes Mal um einen Ausgleich für die Tarifkostensteigerungen bitten müssen, ist mir völlig unklar. Das hört sich so an, als würden wir schlechte Arbeit machen. Für alle anderen ist es einfach selbstverständlich, wird nicht im Ansatz darüber diskutiert. Bei uns: Muss das sein? Könnt ihr nicht an irgendwelchen anderen Stellen sparen? Könnt ihr nicht noch mehr einnehmen? – Was soll das? Ich verstehe es nicht. Tut mir leid. Von daher bitten wir sehr um Ihre Mithilfe. Das hat einfach auch was damit zu tun, ob wir unsere Arbeit gut machen oder schlecht machen. Wenn wir sie schlecht machen, würde ich es ja verstehen. Aber wir sind ausverkauft. Wir können von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht noch mehr verlangen. Die spielen sich einen Wolf ab. Aber es scheint nicht gut genug zu sein. Warum? Ich verstehe es nicht.

Vorsitzende Christina Osei: Vielen Dank. – Wir kommen zu einer weiteren Fragerunde. Herr Bialas hat sich gemeldet.

Andreas Bialas (SPD): Ich habe noch eine Frage, die geht an die vier Theater. Wir hatten ja die Plenardebatte gehabt. Dort hat die Ministerin ausgeführt:

Ich bin dabei, eine vernünftige Entscheidung vorzubereiten, mit der wir zum einem den Bestand der Landestheater sichern und zum anderen eine Struktur schaffen können, die wir uns dauerhaft solide und nachhaltig werden leisten können. Für die grundsätzliche Entscheidung, wie es weitergeht, brauchen wir eine solidere Bearbeitungsgrundlage, als sie im Moment vorliegt.

Ich kann sie natürlich jetzt nicht fragen, was sie damit meint, aber die Frage ist bei Gutachten, Gesprächen und Sonstiges: In welche Richtung gehen diese Gespräche, die auch hier noch mal sehr detailliert nach diesen Grundlagen, solidere Bearbeitungsgrundlagen Ihrerseits nachfragen, bezüglich auch der zweiten Sache, die Frage nach anderweitigen Strukturen, ob das auch zentrale Gegenstände sind der Debatte, die jetzt derzeit geführt wird, und inwieweit, was ja eben auch schon angeklungen war, zwar eine sehr zugewandte Wertschätzung im Gespräch stattfindet, aber im Grunde genommen die Frage, worüber dann diskutiert wird, über Einsparpotenziale, also genau das, was Herr Wolfahrt gesagt hat nach dem Motto: „Könnte er nicht doch noch mal“, … obwohl eigentlich signalisiert wird, wir sind am Limit.

Also, das wäre meine Frage noch mal, in welche Richtung derzeit diese Gespräche gehen. Denn wir haben ja auch diese Paktsituation, die mehrfach beschrieben worden ist, und die Mehrjährigkeit ist ja gerade auch die Verlässlichkeit, wo beide Partner im Grunde genommen etwas einbringen, wo man dann ja auch sagt: „Wie sind möglicherweise auch auf Jahre hinaus dann Tarifsteigerungen entsprechend einzupreisen?“ bzw. wir bei den kommunalen Finanzsituationen ja diese Paktsituation auch aus einer anderen Sicht brauchten, nämlich dass die Kommunen auf jeden Fall dabei bleiben und hier Geld bringen, das Land eigentlich der verlässliche Partner ist und jetzt sagen

Sie: Nein, eigentlich der verlässliche Partner ist zum Teil die Stadt oder eben auch nicht, und jetzt muss eigentlich der andere Partner, das Land, dazu gebracht werden, dass er im Grunde genommen seine Paktbeiträge mit liefert.

Also, die Frage noch mal: Diese Gespräche, die derzeit mit Ihnen geführt werden, worauf basieren die?

Yvonne Gebauer (FDP): Ich würde gerne anknüpfen an die Fragestellung des Kollegen Bialas. Sie haben davon gesprochen, dass Sie bisher, wenn ich das richtig verstanden habe, einmal kontaktiert worden sind. Wenn ich es auch richtig verstanden habe, war das ein 90-minütiges Gespräch. Alle nicken. Also werden wahrscheinlich die gleichen Fragen überall gestellt worden sein. Davon könnte man jetzt mal ausgehen. Das Thema ist angesprochen worden, wie Sie denn noch weitere Einsparungen oder eventuell noch weitere Einsparungen leisten könnten, wenn ich das richtig verstanden habe. Wenn Sie was wiedergeben könnten, wäre das auch für uns hilfreich. Es war wohlwollend, ja, aber es werden ja sicherlich auch Fragen gestellt worden sein. Vielleicht erinnern Sie sich an die eine oder andere noch.

Und vor allen Dingen: Wie geht es weiter? War das jetzt ein anderthalbstündiges Gespräch, und damit ist der Eindruck jetzt von allen Vieren entstanden, und dann präsentiert man im Januar oder im ersten Quartal eine fertige Lösung, oder ist mit Ihnen darüber gesprochen worden, wie es denn weitergeht? Also, ist gesagt worden: „Das war jetzt der Einstieg. Wir kommen wieder auf Sie zu. Wir stellen uns das und das noch weiter vor, im Gespräch mit Ihnen zu erörtern“, oder hat man das im Nebel gelassen? Das würde mich noch im Anschluss an die Frage interessieren.

Vorsitzende Christina Osei: Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann fange ich wieder bei Ihnen an, Herr Schombert.

Mirko Schombert (Burghofbühne Dinslaken): Tatsächlich, Herr Bialas, ich kann es Ihnen ehrlich gesagt auch nicht so genau beantworten, weil ich auch den Begriff „wir wollen die Träger- und Finanzierungsstruktur untersuchen“ auch noch nicht hundertprozentig so für mich einordnen kann. Ich will gar nicht sagen, dass es widersprüchliche Aussagen sind, aber es gibt unterschiedliche Schwerpunkte von Aussagen, Wahrnehmungen. Ich habe es vorhin schon angedeutet, es gibt die sehr klare Aussage, der ich auch absolut vertraue, dass es hier nicht darum geht, sich quasi extern eine Legitimation zu holen, um ein Landestheater zu schließen, sondern dass es da das aufrichtige Interesse gibt, die Strukturen und auch die Unterschiede der einzelnen Landestheater zu verstehen. Ich gehe jetzt davon aus – das ist meine Interpretation; ich weiß nicht, ob ich in Ihrem Gesicht dabei was lesen kann oder so, während ich das ausführe –, dass es vielleicht schon am Ende darum gehen wird, zu sagen, wo in den einzelnen Theatern wir die kommunalen Zuwendungsgeber mehr in die Pflicht holen können auf der Grundlage dieses Gutachtens. Das ist jetzt wirklich meine Spekulation.

Zum Ablauf, Frau Gebauer. Wir hatten in der Tat – das wird bei euch allen genauso gewesen sein – dieses eine 90-minütige Gespräch. Das hatte schon sehr den Charakter, glaube ich, wirklich erst mal eines Basisverständnisses der, was ich gerade erwähnte,

einzelnen Theater, der einzelnen Strukturen, auch da, wo sie sich unterscheiden. Ich hatte das Gefühl, dass ein inhaltlicher Schwerpunkt war, mit dem ins Gespräch reingegangen wurde, ob es nicht irgendwie sinnvoll sein könnte, dass die vier Landestheater die Regionen Nordrhein-Westfalens klarer voneinander abgrenzen und untereinander aufteilen. Das war mein Eindruck, dass das irgendwie ein Schwerpunkt war. Sowohl wir als auch ihr, glaube ich, haben in diesem Gespräch aus unserer Perspektive sehr klargemacht, dass das aber aus unserer Sicht kein sinnvolles Vorgehen wäre.

Der weitere Ablauf, so wie er uns dargestellt wurde, wird sein: Wir zumindest mussten relativ viele Zahlen nachliefern: Wo haben wir gespielt? Wie viel haben wir gespielt? Was waren das für Orte? Meine Mitarbeiterin hat, glaube ich, noch diverse Bilanzzahlen geliefert, sodass jetzt dort sicherlich damit weitergearbeitet wird. Und dann soll es im ersten Quartal, im Januar, Februar, noch mal ein Treffen geben, zu dem die METRUM-Mitarbeitenden dann einmal zu einem Workshop, der, glaube ich, für einen halben Tag oder so angesetzt ist, noch mal an jedes einzelne Theater kommen und die Ideen vorstellen auf Grundlage der Gespräche und der Daten, die sie haben, was aus ihrer Sicht Möglichkeiten sind, die Struktur weiterzuentwickeln, zu modifizieren, wie auch immer. Wir werden Gelegenheit haben, im Rahmen dieser Workshops zu sagen: „Das wird aus den und den Gründen unserer Überzeugung nach nicht gehen“ oder „Gute Idee, lassen Sie uns das doch umsetzen“. Das wird dann noch mal weiter eingearbeitet und wird dann dementsprechend in den Abschlussbericht laufen, der dann Ende des ersten Quartals, also sprich bis Ende März, erst mal das Ziel hat, veröffentlicht zu werden. Das ist mein Kenntnisstand. Das könnt ihr ja gerne ergänzen.

Stefan Dörr (Landestheater Detmold): Zu dem Thema „Strukturen“. Ich finde, da sind wir ein bisschen die falschen Ansprechpartner, denn wir gehören Leuten oder kommunalen Trägern oder Ähnlichem. Bei uns sind es nur sieben Gesellschafter, die natürlich auch schon leicht unterschiedliche Herangehensweisen möglicherweise haben. Bei anderen sind es bis zu 17 oder 20 Vereinsmitglieder. Bis die jeweils alle unter einem Hut sind und sich ein gemeinsames Ziel gegeben haben, sind, glaube ich, die ersten anderthalb oder zwei Jahre rum. Also, bei den anderen Strukturen glaube ich, dass wir ein bisschen die falschen Ansprechpartner sind.

Ich weiß, dass es auch ein erstes Gespräch mit den in unserem Fall drei Hauptgesellschaftern gab, eben auch bei uns dieses 90-minütige Auftakt- oder Informationsgespräch. Auch wir haben extrem viele Zahlen, Daten, Fakten geliefert und sind gespannt, wie es ausgehen wird, denn wir müssen ganz normal einen Jahresabschluss erstellen. Den haben sie jeweils bekommen, plus andere Zahlen und andere Daten. Das ist schon sehr ambitioniert, das in der Kürze der Zeit hinzubekommen.

Zu den Fragen von Frau Gebauer. Wie sieht es aus mit den Gesprächen mit der Gesellschaft? Eben ein einziges hat bisher stattgefunden.

Wie ist die Zeitschiene? Unseres Wissens soll es, genau so, wie Mirko gerade schon gesagt hat, noch einen Workshop geben und dann ein Abschlussgespräch. Und zu allem anderen lassen wir uns überraschen.

Also, das war das, was wir aktuell wissen von der weiteren Vorgehensweise und von der Zielrichtung.

David Michalski (Rheinisches Landestheater Neuss): Ich ergänze ganz kurz, weil es wurde eigentlich schon alles gesagt.

Auch bei uns war es so, dass es insgesamt eigentlich ein Kennenlerngespräch war. Sie müssen sich das so vorstellen: Wenn jemand neu ans Haus kommt als Mitarbeiter, muss ich ihn auch erst mal vier Tage einarbeiten, bis der überhaupt erst mal versteht, was das Haus ist. Und so war das eigentlich auch in diesen Gesprächen. Dass man daraus irgendwas schon ableiten kann, halte ich für ausgeschlossen.

Ja, es waren viele Zahlen, die wir liefern mussten. Ich fand es jetzt aber auch nicht so spannend – in Anführungszeichen –, dass man irgendwelche strukturellen Dinge davon ableiten könnte, muss ich jetzt sagen. Aber gut, das ist ja jetzt erst mal nicht mein Thema, oder wir wissen es einfach noch nicht.

Zur Zeitschiene. Dadurch, dass es so ein langes Kennenlernen war, sind wir gar nicht an den Punkt gekommen, wo es in dem Gespräch irgendwie darum gehen konnte, was man da jetzt groß sich vorstellt oder diskutiert. Wir sind sehr gespannt, was jetzt daraus wird.

Günther Wolfahrt (Westfälisches Landestheater Castrop-Rauxel): Zu Ihren beiden Fragen, Frau Gebauer und Herr Bialas. Auch unsere eineinhalb Stunden waren der Erstkontakt. Wir hatten den Eindruck, wir mussten sehr viele Grundinformationen liefern, aber das war dann einfach so. Auch wir haben die ganzen Bilanzzahlen der letzten fünf Jahre, alle Zahlen der Statistik natürlich übermittelt, die dann, denke ich, alle gegengecheckt wurden. Auch wir wurden gefragt: Wie sieht es denn aus eurer Sicht aus vielleicht mit anderen Schwerpunktsetzungen, mit Kooperationen? Alles Punkte aus dem Toolkasten einer Kulturberatungsgesellschaft, die man da automatisch abspult und die man schon vor- und rückwärts auswendig kennt, also wie es wäre, wenn wir unsere Spielgebiete einzäunen und voneinander absichern würden. Wirklich totaler Quatsch, weil wir werden einfach gebucht wegen der Vielfalt unserer Spielpläne. Jeder findet bei uns was, und die wachsende Akzeptanz der Gastspielorte in den letzten Jahren hängt auch damit zusammen.

Trotz oft stagnierender Einkaufsetats vor Ort haben die vier Landestheater einen signifikanten Wettbewerbsvorteil. Der hängt auch mit Vertrauen zusammen, und der hängt auch damit zusammen, dass das Beratungsangebot von uns Vieren, von unserem Gemeinsamen Büro inzwischen sehr, sehr professionell ist, auch im Hinblick darauf – das wäre vielleicht noch ein Tipp für die Kommunen, die noch nicht den Weg zu uns gefunden haben –: Nehmen Sie unser Beratungsangebot an. Oft ist die Angst sehr groß, wenn man vor Ort noch nicht so groß was zu tun hatte mit dem Aufbau von Kulturstrukturen. Nehmen Sie nicht nur unser Beratungsangebot an, vielleicht erwägen Sie auch vor Ort die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der Theater mit Theatergastspielangeboten. Das kostet nicht viel, aber auch dort ist viel Kompetenz vorhanden. Erwägen Sie den Beitritt zum Kultursekretariat Gütersloh. Auch da ist viel Kompetenz vorhanden. Auch da kostet eine Mitgliedschaft nicht die Welt. Da sind

einfach die Kommunen in Gütersloh vereint, die einfach Theatergastspiele buchen. Dann gibt es noch Wuppertal, aber das ist für die theatertragenden Städte.

Die Konzentration der einzelnen Theater auf eigene Schwerpunkte ist auch immer ein Thema. Ich kann jetzt schon sagen: Wer dann das Los zieht, hauptsächlich Kinder- und Jugendtheater in Zukunft schwerpunktmäßig zu produzieren, der hat ein Riesen-einnahmenproblem. Kann das die Lösung sein? Die Vielfalt nimmt ab. Ich glaube, die METRUM hat es auch inzwischen begriffen und arbeitet hoffentlich an anderen Lösungen, im besten Falle an einer auskömmlichen und angemessenen Finanzierung der vier Landestheater in der Zukunft.

Vorsitzende Christina Osei: Vielen Dank.

Ist von Ihrer Seite, Frau Schmitz, Herr Deutsch, Herr Professor Dr. Davydov, noch was? – Das sehe ich nicht.

Gibt es noch Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten? – Das sehe ich auch nicht.

Dann danke ich im Namen des gesamten Ausschusses den Sachverständigen für ihre Auskunft und ihre Einschätzung. Das war für uns sehr erhellend.

Das Protokoll der Anhörung wird jetzt erstellt und wird nach Fertigstellung im Internetangebot des Landtags abrufbar sein. Das dauert in der Regel drei, vier Wochen.

Ich wünsche Ihnen allen und allen anderen Gästen hier im Saal sowie den Kollegen eine gute Rückreise und bedanke mich noch einmal.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Christina Osei
Vorsitzende

Anlage
10.12.2025/11.12.2025

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Kultur und Medien

Kultur braucht Verlässlichkeit – das Land Nordrhein-Westfalen darf seine Landestheater nicht im Stich lassen!
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP, Drucksache 18/14545

am Donnerstag, dem 4. Dezember 2025
15.00 bis (max.) 17.00 Uhr, Raum E1 D05, Livestream

T a b l e a u

eingeladen	Teilnehmende	Stellung-nahme
Burghofbühne Dinslaken Landestheater im Kreis Wesel e. V. Mirko Schombert Intendant Dinslaken	**Mirko Schombert**	**18/3194**
Landestheater Detmold GmbH Stefan Dörr Verwaltungsdirektor Detmold	**Stefan Dörr**	**18/3189**
Rheinisches Landestheater Neuss e.V. David Michalski Verwaltungsdirektor Neuss	**David Michalski**	**18/3222**
Westfälisches Landestheater Castrop-Rauxel e.V. Günther Wolfarth Geschäftsführender Direktor Castrop-Rauxel	**Günther Wolfarth**	**18/3211**
Deutscher Bühnenverein e.V. Claudia Schmitz Geschäftsführende Direktorin Köln	**Claudia Schmitz**	**18/3213**
Kulturrat NRW e.V. Geschäftsstelle Köln	**Lorenz Deutsch**	**18/3212**
Professor Dr. Dr. Dimitrij Davydov Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Köln	**Professor Dr. Dr. Dimitrij Davydov**	**---**

***